

Deutschland.

Berlin, 6. Juli. Unter den Vorlagen, welche von der jetzt tagenden Zollkonferenz beraten werden, ist auch diejenige von besonderem Interesse, welche sich mit Konstitution der verschiedenen Organe und ihren Rechten und Obliegenheiten beschäftigt. Danach soll der Bundesrath aus seiner Mitte dauernde Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und drittens für Rechnungswesen ernennen (entsprechend dem Art. 8 pos. 3, 4 und 7 der Bundesverfassung). In jedem dieser Ausschüsse werden außer dem Präsidenten mindestens vier Vereinsstaaten (Art. 8 der Bundesverfassung) vertreten sein und führt innerhalb derselben jeder Staat nur eine Stimme. Die Mitglieder dieser Ausschüsse werden von dem Bundesrath gewählt. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse ist für jede Session des Bundesrathes resp. mit jedem Jahre zu erneuern, wobei die auscheidenden Mitglieder wählbar sind. Den Ausschüssen werden die zu ihren Arbeiten nöthigen Beamten zur Verfügung gestellt. Jedes Mitglied des Bundesrathes hat das Recht im Zollparlament zu erscheinen und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrathes nicht adoptirt worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrathes und des Zollparlamentes sein. (Dies ist mit Veränderung des Wortes „Reichstag“ in „Zollparlament“ wörtlich Art. 9 der Bundesverfassung.) Ferner heißt es in dem Vertrag: „Der Beschlußnahme des Bundesrathes sollen unterliegen: 1) Die dem Zollparlament vorzulegenden oder von demselben angenommenen gesetzlichen Anordnungen einschließlich der Handels- und Schiffahrtsverträge (vergl. Art. 37 der Bundesverfassung); 2) die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung dienenden Vermittelungsverordnungen und Einrichtungen; 3) die Mängel, welche bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung hervortreten; 4) die vom Ausschuss für Rechnungswesen vorgelagte jährliche Bestätigung des Ertrages der Zölle und Steuern. Aus den heute und früher über die Zollkonferenz von mir gegebenen Mittheilungen erhellt deutlich genug, daß die Hauptaufgabe der Konferenz in der Mobilisirung der alten Zoll- und Handelsverträge nach Maßgabe der bezüglichen Bestimmungen der Bundesverfassung besteht und daß diese möglichst unverändert die organische Basis der neuen Zoll- und Handelsverträge bilden werden. Tariffragen sollten, wie ich früher schon meldete, der jetzigen Konferenz überhaupt nicht vorgelegt werden. — Von Seiten der preussischen Volkspartei zu Paris ist den preussischen in Frankreich fungirenden Konsuln durch Verfügung vom 21. Juni bekannt gegeben worden, daß alle aus französischen Häfen nach transatlantischen Welttheilen sich begebenden preussischen Reisenden gleiche Begünstigung und Rechte wie die Landesländer zu beanspruchen haben, und daß die kaiserlichen Kommissaire in den Hafenslädten von ihren vorgesetzten Behörden angewiesen sind, mit allen zu Gebote stehenden Hilfsmitteln die Reisenden bezüglich Auswanderer des preussischen Staatsverbandes zu unterstützen. — Nach Mittheilung aus Paris hat der Kronprinz von Preußen bei seiner letzten kurzen Anwesenheit in Paris auch dem Sultan einen Besuch gemacht und ist von diesem empfangen worden. Bei der bekannten Vorliebe des Sultans für französisches Wesen und Leben ist es aufzufallen, daß der Sultan der französischen Sprache nicht mächtig ist; die Unterhaltung mit ihm ist also nur mittelst Dolmetschers ausführbar; auch in seiner Umgebung und Gefolge sollen nur der persische Gesandte französisch sprechen.

An Stelle des pensionirten Wirklichen Geh. Ober-Kriegsraths Meffersmidt ist der Wirkl. Geh. Kriegsrath Köllner zum General-Proviantmeister ernannt worden. Für Köllner's bisherige Stellung ist der Geh. Kriegsrath Slogau, wie ich höre, ausersehen. — Die „Volksztg.“ hat aus der „Bad. Landeszeitung“ eine Nachricht entnommen, über angebliche Vorschläge des Grafen Bismarck an den Kaiser Napoleon vom Oktober 1866, die den Stempel der Erfindung ohnehin deutlich genug an sich tragen, sich aber als Tendenzlüge noch unzweifelhafter darstellen, wenn man weiß, daß das holländische Welfen-Organ „Situation“ die erste Quelle ist, daß diese aber selbst nicht einmal für die Zuverlässigkeit der Nachricht hat Bürgschaft übernehmen wollen. Wenn die „Situation“ solche Bedenken ausdrückt, dann muß eine preußenfeindliche Erfindung sehr unglücklich sein.

Das Befinden des Grafen Bismarck, der bekanntlich auf seiner neuerworbenen Besitzung Varzin in Pommern weilt, ist, wie die „Ztbl. Corr.“ berichtet, ein sehr erfreuliches.

Nach den über die diesjährigen Herbst-Übungen der Truppen getroffenen Dispositionen werden die Übungen der Truppen des 3. Armee-Korps divisionsweise stattfinden, und wie die 6. Division (Brandenburg) ihre Manöver in der Zeit vom 22. bis 30. Juli bei Prenzlau und Schwedt a. D. abhalten. — Die Detachements werden mehrere Bivouaks beziehen, und werden dieselben stattfinden: am 22. und 23. Juli bei Prenzlau für das 1. und 2. Bataillon 64. Infanterie-Regiments (Prinz Friedrich Karl von Preußen); am 25. und 26. Juli bei Budau für das 1. und 2. Bataillon 60. Infanterie-Regiments, die 3. und 4. Eskadron 3. Ulanen-Regiments; am 25. und 26. Juli bei Schwedt a. D. für das 2. Bataillon 60. Infanterie-Regiments, das Füsilier-Bataillon 64. Infanterie-Regiments, das 2. Dragoner-Regiment und Stab und 2 Batterien des 2. Feld-Artillerie-Regiments; am 25. und 26. Juli bei Gollnow für das 35. Füsilier-Regiment, das 6. Kürassier-Regiment, den Stab und 2 Batterien des 3. Feld-Artillerie-Regiments; am 29. und 30. Juli bei Wilberg für das 1. und 2. Bataillon 24. Infanterie-Regiments und die 4. Eskadron des 3. Husaren-Regiments (Zietzhensches); am 29. und 30. Juli bei Ritz für das Füsilier-Bataillon 24. Infanterie-

Regiments und die 1., 2. und 3. Eskadron 3. Husaren-Regiments (Zietzhensches).

Die „Ztbl. Corr.“ will erfahren, daß bei dem bevorstehenden Besuche des Kronprinzen von Italien in St. Petersburg eine Heirathsverbindung in Aussicht genommen sei. — In Deutschlands Interesse, die Richtigkeit dieser Nachricht angenommen, kann eine innige Verbindung zwischen den Höfen von Florenz und St. Petersburg nur erwünscht erscheinen. Während uns mit Italien die Erinnerung an den gemeinsam bestandenen Kampf des verflorenen Jahres und zugleich der Hinblick auf den gemeinsamen Gegner in der Zukunft — denn hier wie dort ist es Frankreich allein, von welchem eine Beunruhigung zu erwarten — verknüpft, ist die Allianz zwischen Preußen und Rußland heute eine intimere und gesündere, als je zuvor, denn sie hat nicht mehr den Charakter der Protektion Seitens des gewaltigen Czarenreiches für das schuppbürstige Preußen, sondern sie beruht auf der gegenseitigen Achtung und Würdigung ebenbürtiger Kräfte, auf der Erkenntniß der Nützlichkeit, ja Unentbehrlichkeit des Zusammengehens, endlich auf dem Bewußtsein beiderseits ehrlich geleisteter Dienste und dadurch dem andern Theile ermöglichter Erfolge. Unter solchen Umständen kann eine nähere Verbindung zwischen Rußland und Italien und nur erwünscht sein; uns und der Welt, denn diese hätte darin ein neues Pfand für die Erhaltung des Friedens zu begrüßen. — Die Eindrücke, welche der Kronprinz von Italien von Berlin mitnimmt, werden von allen Seiten als sehr günstig bezeichnet. Prinz Humbert hat die lebhaftesten Sympathien für Preußen und Deutschland zu erkennen gegeben und unserm König hohe Pietät und Ergebenheit, unserem Kronprinzen die offenste Freundschaft entgegengebracht.

Für das Jahr 1867 stellen sich die Unterhaltungskosten für die Armee und deren administrative Verwaltung auf 41,574,348 Thaler heraus. An außerordentlichen Ausgaben sind erforderlich 2,497,131 Thlr. für die durch die Reorganisation bedingte Erweiterung einzelner militärischen Institute, sowie durch den Mehrbedarf an Militärpensionen und Unterstützungen.

Die Kriegs-Akademie wird am 1. Oktober wieder eröffnet. Die bisher dem 2. Cötus angehörigen Offiziere sind, wie üblich, den verschiedenen Regimentern zugewiesen, wosin sie zur Dienstleistung kommandirt sind. Die Offiziere, welche aus dem dritten Cötus abgegangen, sind sämmtlich zu ihren Regimentern zurückgekehrt und werden im nächsten Jahre meist beim Generalstabe beschäftigt.

Aus jedem Korpsbereich sollen jetzt alljährlich, wie die „Stb.-Ztg.“ hört, eine bestimmte Anzahl von Unteroffizieren und Mannschaften zu den zunächst belegenen königlichen Eisenbahnen abkommandirt werden, um sich während einer Dauer von 4 Wochen eine eingehende Kenntniß des Fahrbetriebes in seinem ganzen Umfange zu verschaffen.

Bei den Korps-Intendanturen der Armee sind in letzter Zeit wiederholt Gesuche eingegangen, die Aufnahme von Militärknaben in das Erziehungs-Institut zu Annaburg betreffend. Zur Vermeldung eines störenden Geschäftsganges sollen die Betreffenden, mit Bezug auf eine derauf folgende Verordnung vom 7. August 1860, darauf hingewiesen werden, daß dergleichen Gesuche direkt bei dem genannten Institute anzubringen sind. Gesuche von Söhnen noch im Dienste befindlicher Militärs sind von den betreffenden Truppenbeilen zu beantragen.

Klausthal, 5. Juli. Dem „H. C.“ entnehmen wir Folgendes: Die Hoffnungen der hiesigen Bergleute (in den Staatsbergwerken) auf Lohnerhöhung gehen in Erfüllung. Gestern ist allen Beteiligten mitgetheilt worden, daß mit No. 1. des Quartals Crucis eine durchgreifende Aenderung bezüglich der Arbeitszeit und des Lohnverdienstes eintreten solle. Die Arbeit soll nämlich weniger in Schichten, als in Ördingen zugetheilt werden, und es wird ein Gehingehauer, ohne daß der Verbrauch von Pulver und Del ihm Abzüge veranlaßt, künftig 4 Thlr. 5 Gr. verdienen können, während das gewöhnliche Bergmanns-Lohn bisher nur 3 Thlr. 15 Gr. betrug. Für alle Unteroffizianten (Grubensteiger, Pochsteiger u. s. w.) tritt ebenfalls eine angemessene Erhöhung der Einnahme ein. Grubensteiger werden z. B. durchschnittlich etwa 30 Thlr. für den Monat erhalten.

Dresden, 5. Juli. Der Kronprinz nebst Gemahlin wird in den nächsten Tagen von seiner Reise nach Paris hier wieder erwartet und hält man seine bald darauf folgende Reise nach Wien zu seinem kaiserlichen Vetter und Freunde unter dem Eindruck der merikanischen Trauerkunde für wahrscheinlich. — Die vor dem dienstreifen Militär aller Grade und aller Truppengattungen in der Garnisonkirche zu Neustadt-Dresden zum Gedächtniß der Schlacht von Gitschin und Königgrätz abgehaltene Totenkfeier hatte den würdigsten Verlauf. — Die hiesigen Stadtverordneten haben sich nun doch bestimmt gefunden, sich in einer besonderen Blattschrift an den König um die Gefattung der Herausgabe von einer Million unverzinslicher Kassenscheine der Stadt Dresden zu wenden; mit welchem Erfolg, nachdem die Regierung die Genehmigung versagt, bleibt abzuwarten.

Ausland.

Wien, 5. Juli. Der Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses hat gestern in Gegenwart des Reichskanzlers v. Beust und des Ministerpräsidenten Stellvertreters Graf Taaffe den von seinem Subcomité ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Minister-Verantwortlichkeit (Referent Abg. v. Waser) einer Berathung unterzogen.

Bei Beginn der Berathung nahm Graf Taaffe das Wort, um zu erklären, daß in der Regierungsvorlage das Richteramt über die Minister aus dem Grunde dem Herrenhause zugewiesen worden sei, weil es wünschenswerth erscheine, daß zwischen diesem und dem

in Ungarn bestehenden analogen Gesetze eine mögliche Uebereinstimmung herbeiführe und in letzterem diese Bestimmung enthalten sei. Vor S. 1 wurde auf Antrag des Abg. Demel ein neuer Paragraph als erster gesetzt, welcher lautet: „Jede Anordnung des Kaisers bedarf zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers.“ — Eine fernere Aenderung betraf den S. 12; es wurde beschlossen, daß eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein solle. — Die wichtigste Debatte fand über S. 14 statt, welcher von der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes handelt. Während der Entwurf des Subcomités beantragte, daß der Kaiser 12, das Herrenhaus 4, das Abgeordnetenhaus 8 Mitglieder des höheren Richterstandes zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes ernennen soll, beantragte Abg. Schindler, daß jedes Haus des Reichsraths für die Dauer der Wahlperiode 12 aus seiner Mitte zu Mitgliedern dieses Staatsgerichtshofes erwählen solle, welche sich jedoch bei der Beschlußfassung des Hauses über den Antrag, einen Minister in den Anklagestand zu versetzen, der Abstimmung zu enthalten hätten. Abg. Dr. Reichbauer beantragte, daß der Staatsgerichtshof aus 12 Mitgliedern des obersten Gerichtshofes und aus 12 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gebildet werden solle. — Reichskanzler v. Beust ergriff bei dieser Gelegenheit das Wort. Eine Annahme des Entwurfes in Verbindung mit den hierzu gestellten Amendements, führte er aus, bedeute eigentlich nichts anderes, als daß der Reichsrath die Minister ernennen und entlassen solle. Es beständen in Oesterreich ganz besondere, von anderen Ländern ganz abweichende Verhältnisse, insbesondere aber seien die Nationalitätsverhältnisse zu berücksichtigen, welche bei dieser Angelegenheit immerhin den Ausschlag geben könnten. Er müsse sich daher für die Regierungsvorlage, eventuell für den Vorschlag des Subcomités aussprechen. — Abg. Brestl erklärte sich gegen die in dem Entwurf der Krone gewährte Theilnahme an der Ernennung der Richter, weil die Rechte der Krone schon dadurch gewahrt seien, daß der Entwurf bestimmt, die Mitglieder des Staatsgerichtshofes werden aus den Angehörigen des höheren Richterstandes ernannt. Auch beantragte er, die Ernennung derselben solle nicht auf Lebenszeit erfolgen und es sollten nicht ausschließlich Angehörige des Richterstandes zur Ernennung in den Staatsgerichtshof befähigt erklärt werden. — Schließlich wurde auf Antrag des Abgeordneten Brestl der Beschluß gefaßt, daß der S. 14 des Entwurfes mit allen diesen verschiedenen Amendements nochmals an das Subcomité zur Berathung gewiesen werde. Dasselbe wurde auch auf Antrag des Abg. Kremer beauftragt, in Erwägung zu ziehen, ob nicht bei der Bestimmung über die Konstitution des Staatsgerichtshofes der Artikel 53 des 67er Elaborates, welcher schon in der Regierungsvorlage über die Delegationen bezüglich des Gerichtshofes, der über die Reichsminister gesetzt werden soll, eine analoge Anwendung gefunden hat, auch in diesem Gesetze zur gleichen Berücksichtigung kommen soll. Nach Analogie dieses ungarischen Gesetzentwurfes, sowie der Regierungsvorlage über die Delegationen würde der Gerichtshof vom Reichsrathe aus 24 unabhängigen und rechtskundigen Staatsbürgern der von ihm vertretenen Länder zu bilden sein.

Salzburg, 3. Juli. Heute Morgen am 7 Uhr celebrierte in der hiesigen Domkirche der in Abwesenheit des in Rom weilenden Fürsten Erzbischofs fungirende Weihbischof mit Assistenz und im Beisein der die Presbyterialkirche einnehmenden Domherren eine stille Trauermesse für den verstorbenen Erzherzog Maximilian von Oesterreich, Kaiser von Mexiko. Unmittelbar vor dem Altar, inmitten des Presbyteriums, wohnten Se. Majestät der Kaiser Franz Joseph in Generaluniform und ebenso links von ihm dessen durchlauchtigste Brüder, die H. Erzherzoge Karl Ludwig und Ludwig Viktor, dem Gottesdienste bei. Im Kirchenschiff waren in der Mitte ein beleuchtetes Trauergerüst, zu beiden Seiten die Truppen der hiesigen Garnison (Jäger und Dragoner) aufgestellt.

Paris, 5. Juli. Die heftige Sprache des amtlichen Moniteurs — obgleich alle Welt einig ist, das Schicksal Maximilians zu beklagen — findet vielfachen Tadel. Man glaubt, die Note rühre vom Kaiser selber her. Man bedauert, daß Frankreich eine so herausfordernde Sprache führe, ohne die Mittel zu besitzen, die mexikanische Regierung bestrafen zu können. Die französische Regierung wird alle Beziehungen zur mexikanischen Republik aufgeben; nach der Erklärung aber, die Lord Stanley in der gestrigen Unterhaus-Sitzung abgegeben, ist das britische Kabinett zu einer ähnlichen Maßregel durchaus nicht geneigt. Ueber das Schicksal des französischen Gesandten in Mexiko ist man noch nicht ganz beruhigt. Man weiß bloß, daß er Mexiko verlassen hat und hofft, es werde ihm gelingen sein, nach Vera-Cruz zu entkommen. Die halbamtlichen Blätter gehen auch darin wieder zu weit, indem sie dieses Entkommensein mit Bestimmtheit melden. — Der Kaiser wird die Hoftrauer dazu benutzen, nach der Abreise des Sultans, die am 10. Juli erfolgt, auf 14 Tage nach Plombières zu gehen. Fürst Metternich hat heute Morgen den Sultan besucht, um Sr. Hoheit für die von ihr an den Tag gelegte Theilnahme an dem Schicksale des Kaisers Maximilian zu danken. Der Fürst sprach sein Bedauern aus, daß der Sultan durch das traurige Ereigniß verhindert sein werde, Oesterreich zu besuchen. Der Kaiser habe vorgehabt, Abdul-Aziz einzuladen, die Rückreise über Wien zu machen. — Einige Mitglieder der Kammer haben vor, die Regierung zu interpelliren, um zu erfragen, was sie für die Sicherheit der in Mexiko zurückgebliebenen Franzosen gethan. Die Regierung hat dem Vernehmen nach Angst vor Veröffentlichung von Dokumenten, welche Marschall Bazaine arg kompromittiren könnten. Von Kaiser Maximilian heißt es, er habe seine Papiere, noch ehe er sich in Queretaro einschloß, in Sicherheit bringen lassen. Dieselben befinden sich jetzt in London. Das Journal de Paris, das die Mittheilung nur mit Vorbehalt veröffentlicht, erzählt, es werde hier

